

von: Isabel Schön (Vorstandsmitglied der bundesweiten Studierendenvertretung) | Kevin Kunze (Vorstandsmitglied der bundesweiten Studierendenvertretung) |
Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de
Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

Isa Schön und Kevin Kunze: Oben bleibt oben. Und unten...?!

Wen vertreten wir da eigentlich?

Über 90 Prozent der Eliten^[1] haben einen Hochschulabschluss – die Uni ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Spitzenposition. Die fortschreitende Öffnung der Hochschulen der letzten Jahrzehnte bis heute hat zwar diesen Bereich der Bildung für viele Teile der Gesellschaft zugänglicher gemacht als früher, in den lukrativen Spitzenpositionen bleibt aber alles beim Alten. Die meisten Forscher*innen kommen hier zu der naheliegenden Annahme, dass es dort nicht nur um Leistung und Qualifikation geht.

Der Weg dorthin führt über das Bildungssystem. In Deutschland gilt dies als besonders undurchlässig. Doch was heißt das genau? Welche Rolle das Bildungssystem in der sozialen Segregation spielt, wird deutlich, wenn man sich anschaut, wer den Weg an die Hochschulen findet. Über 70 Prozent der Kinder von Akademiker*innen gehen studieren, aber nur 24% der Kinder von Arbeiter*innen. Die stärkste Selektion findet im Übergang zwischen Schule und Hochschule statt. Doch auch danach setzt sich der Selektionsprozess weiter fort und spitzt sich darauf zu, dass von 100 Kindern mit Eltern ohne akademischem Hintergrund nur eine Person die Promotion abschließt; bei Akademiker*innenkindern sind es 10.^[2] Das sind keine zufälligen Unterschiede, das zeigen Statistiken systematisch. Doch wie kann das sein, wo in Deutschland doch zumindest theoretisch und dem Gesetz nach alle die gleichen Chancen auf Bildung haben? Die Antwort darauf ist Klassismus. Das ist das gesellschaftliche Ordnungssystem, welches Menschen nach ihrer finanziellen und kulturellen „Klasse“ sortiert und hierarchisiert. Er bedeutet die strukturelle und in der direkten Interaktion wirkende Auf- und Abwertung verschiedener Lebenswelten. Klassismus basiert auf der sozialen Konstruktion von Unterscheidungsmerkmalen, insbesondere dem Einkommen, dem Bildungsstand und dem Beruf einer Person selbst und auch ihrer Eltern – daher ist bei der Betrachtung von Bildungsbiographien auch „soziale Herkunft“ ein häufiger Begriff.

Klassismus im Bildungssystem

Tatsächlich prägen soziale Situationen verschiedene Lebenswelten. Je nachdem, wo eine Person aufgewachsen ist, werden auch die Individuen geprägt. Ist man im siebten Stock oder im Einfamilienhaus groß geworden? Welche Schule wurde besucht? Wie hat das persönliche und familiäre Umfeld die eigenen Interessen unterstützt? Auf welchen Namen wurde man getauft? Welche Bücher, welche Medien wurden konsumiert? Wurde diskutiert und wenn ja, worüber? All das prägt, wie man sich verhält, sich ausdrückt, sich kleidet, welche Entscheidungen man fällt, und eben leider auch, welche Urteile andere über einen fällen und wie man sich in Institutionen zurechtfindet, die auf manche der Lebensrealitäten besser zugeschnitten sind als auf andere.

Klassismus in den Bildungsinstitutionen

Obwohl in der Schule alle Menschen theoretisch die gleichen Bedingungen erhalten sollen, werden faktisch soziale Ungleichheiten manifestiert. Schule in ihrer aktuellen Konstitution ist darauf ausgelegt, dass bessere Chancen hat, wer z.B. zu Hause von Eltern gefördert und betreut wird, die die gleichen

von: Isabel Schön (Vorstandsmitglied der bundesweiten Studierendenvertretung) | Kevin Kunze (Vorstandsmitglied der bundesweiten Studierendenvertretung) |
Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de
Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

Dinge mal in der Schule gelernt haben. In Zahlen und damit in ‚hard facts‘ gegossen wird das in der Notengebung: In der Schule wird auf die beste Note gelernt, es gibt einen Wettbewerb um die besten Noten. Wer nicht gewinnt, bekommt einen schlechten oder keinen Abschluss.

Die Wahrscheinlichkeit, gute Noten zu bekommen, steigt, wenn man eine erwünschte Standardsprache spricht, wenn man geübt darin ist, brav zu sein und zuzuhören, wenn man möglichst theoretisch argumentiert. Wer keine Eltern mit akademischem Hintergrund hat, hat möglicherweise andere Verhaltensweisen gelernt, die nun in der Schule abgewertet werden. Das liegt alles nicht daran, dass Arbeiter*innenkinder in irgendeiner Art und Weise mangelhaft sind. Das Problem ist: Bewertungen, die über den weiteren Verlauf des Bildungsweges entscheiden, sind daran geknüpft, die kulturellen Standards einer Ober- und Mittelschicht zu beherrschen. Andere kulturelle Standards werden dabei benachteiligt. Das wirkt zusammen mit bewussten oder unbewussten Vorurteilen. Dass Arbeiter*innenkinder von Lehrer*innen schlechter beurteilt werden, zeigt nicht nur das bekannt gewordene Zitat „Kevin ist kein Name, sondern eine Diagnose.“, aus einer Studie zu Vorurteilen gegenüber Vornamen von Schulkindern. Etliche Studien aus verschiedenen Bundesländern haben immer wieder gezeigt, dass Kinder aus (groß-)bürgerlichen Haushalten weniger für eine Gymnasialempfehlung leisten müssen, als Kinder aus der Arbeiter*innenschicht. Gleiche Noten, ungleiche Behandlung. Dazu kommt, dass Arbeiter*innenkinder mit Gymnasialempfehlung seltener auch aufs Gymnasium geschickt werden als Kinder von Akademiker*innen. So ist es nicht verwunderlich, dass nur 29 Prozent der Kinder, deren Eltern kein Abitur haben, ein Gymnasium besuchen.

Wie die Akademie sich selbst reproduziert

Das heißt, auf dem Weg zur Hochschule wirkt schon ein starker Selektionsmechanismus. Auch an der Hochschule geht es weiter. Der Zugang bis dahin wurde vielleicht schon durch Auswahlgespräche erschwert, die dazu neigen, Personen mit akademischem Habitus zu bevorzugen. Vielleicht haben ihre Mitbewerber*innen auch noch einen Bonus für den Uni-Zugang bekommen, weil sie schon in ihrer Schulzeit ehrenamtlich aktiv waren, oder für einige Zeit im Ausland zur Schule gingen. Solche Aktivitäten sind oft nur mit entsprechendem finanziellem Hintergrund möglich – oder erscheinen nur mit einem kulturellen Hintergrund im Bürgertum auch als sinnvoll und produktiv. Hochschulen neigen dazu, ihre Zulassungsverfahren diverser zu gestalten und nicht mehr nur auf Noten zu achten. Doch ist die Anpassung an das Schulsystem und die Anstrengung um gute Noten für Arbeiter*innenkinder oft der einzige Weg an die Universitäten. Werden nun aber auch andere Faktoren gewertet, in denen ein akademischer Hintergrund sich tendenziell günstiger auswirken könnte, kann das weitere Hürden aufbauen.

Die Hochschule ist für Kinder aus der Arbeiter*innenschicht eine ganz andere Welt als für Kinder aus bürgerlichen Haushalten, besonders für die ersten Familienmitglieder, die ein Studium beginnen. An vielen Studiengängen lässt sich nicht direkt ablesen, welchen Beruf man später hat, was häufig zu Diskussionen darüber führt, ob eine Ausbildung nicht doch sinnvoller als ein Studium wäre. Medizin oder Maschinenbau sind noch einigermaßen eindeutig, Kommunikationswissenschaft oder Kunstgeschichte hinterlassen eher Fragezeichen. So ist es nachvollziehbar, dass die Wahl von Arbeiterkindern oft auf bodenständig erscheinende Fächer fällt. Landet man doch in einem Fach der Geisteswissenschaften, fühlt man sich häufig fremd und fehl am Platze. Das Vorwissen vieler Kommiliton*innen, genau wie deren

von: Isabel Schön (Vorstandsmitglied der bundesweiten Studierendenvertretung) | Kevin Kunze (Vorstandsmitglied der bundesweiten Studierendenvertretung) |
Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de
Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

selbstverständlicher Umgang damit, kann einschüchtern und die wenigsten Arbeiter*innenkinder können sich für das Platon-Seminar die Studienausgaben ihrer Eltern, inklusive Randnotizen, aus dem Bücherregal ausleihen. In Diskussionen im Seminar oder am Mensatisch hat man vielleicht das Gefühl, inhaltlich und sprachlich nicht mithalten zu können. Wenn Referate oder Hausarbeiten anstehen, kann keine damit vertraute Person aus der Familie mit Rat zur Seite stehen und überprüfen, ob man denn den nötigen wissenschaftlichen Duktus getroffen und alles sauber zitiert hat.

Auf der finanziellen Seite sind die Probleme noch deutlicher. Die Mieten in den Hochschulstädten sind hoch, subventionierte Wohnheimplätze knapp. Das BAföG ist längst nicht mehr bedarfsgerecht, die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks zeigt das regelmäßig – und es erhalten sowieso nur 18 Prozent der Student*innen überhaupt BAföG. Die Eltern können häufig keine oder nur wenig finanzielle Unterstützung leisten, Auslandsaufenthalte kommen so schon gar nicht in Frage und werden oft nicht einmal als realistische Möglichkeit gesehen, selbst wenn die Finanzierung gesichert wäre. Der Ausweg aus der Geldknappheit sind Nebenjobs; die führen allerdings nicht selten dazu, dass sich das Studium verlängert. Überschreitet man die Regelstudienzeit, erlischt aber der Anspruch auf BAföG, weitere Schulden durch einen Studienkredit sorgen für größere Unsicherheit. Und bei den Eltern ist für eine Verlängerung der Studienzeit vielleicht auch kein Verständnis aufzubringen, schließlich sind für den Bachelor doch drei Jahre angesetzt – genau wie bei einer Ausbildung. Warum sollte das Studium also doch länger dauern?

Diese Hürden sind zwar nicht bei allen Personen ohne akademischen Hintergrund gleich ausgeprägt. Es können keine Vorhersagen darüber gemacht werden, wem welche konkreten Probleme begegnen werden. Doch die allgemeine Tendenz ist eindeutig und alle Beispiele sind Teil der Systematik, welche viele Menschen den Zugang zu bestimmten Positionen und Möglichkeiten verwehrt. Natürlich können nicht für alle Menschen Führungspositionen geschaffen werden und es muss auch nicht jede*r einen Hochschulabschluss haben. Aber alle Menschen sollten die gleiche Chance haben, wenn es um Auswahl und Zugang zu diesen Bereichen geht. Im Kontext von Studierendenvertretungen ist es zudem besonders wichtig, dass alle sich gleichermaßen beteiligen können. Wie können wir also diese Benachteiligungen abbauen? Und wessen Aufgabe ist das?

Klassismus den Kampf ansagen

Eine Benachteiligung aufgrund der sozialen Herkunft, also klassistische Diskriminierung, ist in keinem Gesetz in Deutschland erwähnt. Weder im Grundgesetz, noch im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz findet sich eine juristische Grundlage für Betroffene, dagegen vorzugehen. Das heißt, es bedarf anderer Handlungsoptionen. Insbesondere aber auch, weil die Diskriminierung sehr implizit erfolgt, braucht es Ideen, wie die Benachteiligung im Studium abgebaut werden kann.

Eine elementare Forderung ist die Beseitigung finanzieller Hürden. Der Kampf gegen Bildungsgebühren ist weiterhin breit fortzusetzen. Das BAföG wird zwar gerade novelliert, doch es reicht bei weitem noch nicht, um wirklich allen ein Studium zu ermöglichen. Noch immer stehen Absolvent*innen vor einem Schuldenberg, noch immer wird das Geld viel zu knapp sein und viel zu wenige Leute erreichen. Nur ein BAföG, das eltern-, alters-, nationalitätsunabhängig und als Vollzuschuss gezahlt wird, bietet eine echte Unterstützung, um allen ein Studium zu ermöglichen. Kürzlich ist bekannt geworden, dass das BMBF im

von: Isabel Schön (Vorstandsmitglied der bundesweiten Studierendenvertretung) | Kevin Kunze (Vorstandsmitglied der bundesweiten Studierendenvertretung) |
Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de
Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

nächsten Haushaltjahr weniger Mittel zur Verfügung hat. Dabei handelt es sich genau um die Summe, die es verschlafen hat, für BAföG auszugeben – weil zu wenige Student*innen Anspruch auf die Leistungen hatten. Das heißt: Das Geld ist da, und die Bundesregierung ist aufgefordert, das auch zu verteilen.

Dass es für diese Forderungen Sinn macht, sich bundesweit zusammenzuschließen, muss in einem gewerkschaftlichen Magazin wohl kaum noch genannt werden. Ein Ansatz des fzs ist es, bundesweit Kampagnen durchzuführen, in der Form, dass bei Studierendenvertretungen vor Ort Aktionen und Infoveranstaltungen durchgeführt werden, die bundesweit koordiniert sind. Die geplante Kampagne ‚Lernen am Limit‘, die die schwierige Studienfinanzierung, die mangelnde Hochschulfinanzierung und die immer krasser werdende Wohnungsnot thematisiert, wird im September und Oktober auf die Missstände öffentlich aufmerksam machen, aber auch bei Student*innen dafür sensibilisieren, welche Probleme es gibt und wen sie besonders treffen.

Wer vertritt eigentlich die Student*innen ohne akademischen Hintergrund?

Auch in die eigenen Strukturen muss ein Blick geworfen werden: Wer macht dort die Vertretungsarbeit? Auf den Mitgliederversammlungen des fzs erheben wir per Umfrage u.a. den Bildungsabschluss der Eltern. Keine Abschlussart wurde so häufig genannt wie der Hochschulabschluss. Eine adäquate Vertretung aller Studierenden und vor allem der Einsatz dafür, dass mehr Menschen ohne akademischen Hintergrund studieren können, wird dadurch erschwert. Es reicht nicht, sich für einen Zugang zum Studium für alle einzusetzen. Auch die eigenen Strukturen müssen kritisch hinterfragt werden.

Selten, aber immer häufiger, wird sich in Studierendenvertretungen explizit mit Klassismus auseinandergesetzt. In fast allen Strukturen gibt es Referate für Frauen*/FLTI*, für internationale Studierende/PoCs oder Queerreferate. In den wenigsten Strukturen gibt es Referate für Studis ohne akademischen Hintergrund. Ein Beispiel für so ein Referat ist das Referat für finanziell und kulturell benachteiligte Studierende des AStA der Uni Münster (<https://www.fikus-muenster.de/>), das eine politische Vertretung von Arbeiter*innenkindern an der Hochschule ist. Damit gibt es eine Anlaufstelle für Arbeiter*innenkinder, einen Raum, sich auszutauschen und gemeinsam politische Forderungen zu entwickeln. Üblicherweise können autonome Referate auch unabhängiger vom Rest der Studi-Vertretung agieren, was mögliche Diskriminierung des Referats von den Mehrheiten der Nicht-Arbeiter*innenkinder verhindern soll.

Damit alle sich beteiligen können, müssen auch die Rahmenbedingungen hergestellt werden. Deshalb sind z.B. Aufwandsentschädigungen eine wichtige Maßnahme. Aufwandsentschädigungen sollen keinen Anreiz darstellen, sich politisch zu engagieren, sondern sie sollen die Möglichkeit für alle schaffen, sich zu beteiligen. Wer nämlich auf mehrere Nebenjobs während des Studiums angewiesen ist oder sonstige, z.B. familiäre, Verpflichtungen hat, hat schlichtweg nicht die Zeit für die Arbeit in der Studierendenvertretung. Aufwandsentschädigungen können da einen finanziellen Freiraum eröffnen.

Dies soll außerdem ein Appell sein: In Gewerkschaften sind häufiger Menschen ohne akademischen Hintergrund organisiert. Nehmt Kontakt zu euren Studi-Vertretungen auf und versucht, euch entweder über eure Fachschaften, Hochschulgruppen oder Referate einzubringen oder stoßt vielleicht sogar die Gründung von Arbeiter*innenkinder-Referaten an. Andersherum benötigt es für die Etablierung solcher

01-19: Die „öffentliche“ Hochschule: Streitraum Hochschule – Streit um Hochschule

von: Isabel Schön (Vorstandsmitglied der bundesweiten Studierendenvertretung) | Kevin Kunze (Vorstandsmitglied der bundesweiten Studierendenvertretung) |
Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de
Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

Strukturen die Solidarität von Student*innen mit akademischem Hintergrund. Geht eurerseits auf die Gewerkschaften zu, motiviert Menschen aus eurem Bekanntenkreis, sich in den Studierendenvertretungen zu engagieren und unterstützt die Schaffung der genannten Strukturen und weiterer Ideen. Achtet darauf, wie in euren Sitzungen, auf euren Treffen, aber auch in euren Seminaren und Freundeskreisen gesprochen und miteinander umgegangen wird. Wenn ihr aus einem akademischen Haushalt kommt: nutzt doch vielleicht nicht immer Fremd- oder Fachworte, oder erläutere sie direkt. Irgendwann habt auch ihr sie zum ersten Mal gehört. Reflektiert eure Verhaltensweisen und Handlungsmöglichkeiten und fragt euch, wo sie herkommen. Fordert das gleiche von Lehrenden. Wenn ihr Arbeiter*innenkinder seid: Sprecht mit den Lehrenden über die Art der Seminarleitung und das Vorwissen, das sie oft voraussetzen, ohne es selbst zu merken. Sprecht mit Gleichstellungsbüros, um das Thema auf die Tagesordnung zu bringen. Vernetzt euch und werdet nach euren Möglichkeiten aktiv, tretet eurer Studi-Vertretung freundlich auf die Füße und regt sie an, sich mit dem Thema Klassismus auseinanderzusetzen, auch in der eigenen Struktur. Fordert Ressourcen ein, damit ihr euch selbst einsetzen könnt.

Und zuletzt, das gilt für alle: Lasst Klassismus in jeglicher Ausprägung nicht als unhinterfragte Normalität stehen, egal an welchem Ort und in welchem Kontext. Ermutigt andere zur Reflektion und zeigt auf, was getan werden kann.

[1] Als Mitglieder der Eliten gelten in der Eliteforschung jene Personen, die qua Amt oder Eigentum in der Lage sind, gesellschaftliche Entwicklungen maßgeblich zu beeinflussen (siehe: Hartmann, Michael: Soziale Ungleichheit – Kein Thema für die Eliten?, 2013).

[2] Datenquellen: 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks: <http://www.sozialerhebung.de/>